

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

117 (21.5.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475234](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnement- preis beträgt für einen Monat 1.60 Goldmark frei Haus, für Abnehmer von der Epoca (Peterstraße Nr. 76) 1.50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat — 1.50 Goldmark. —

Republik

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 21. Mai 1924 * Nr. 117

Preis 10 Pfennig

Riegel-Grundpreise: Wilhelmshaven 10 Pf., Ritter- Wilhelmshaven und Umgebung 7 Pf., Familienanzeiger 5 Pf., für Auslagen auswärts. Inferenten 12 Pf., Reklame 8 Millimeterseite kostet 25 Pfennig, auswärtig 40 Pfennig. Reklame nach Tafel. Prospekte sind unverbindlich

ger Volksblatt

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Die Leihgeldkrise.

Die gegenwärtig wie ein Brändebrand um sich greifende Krise wird nicht mit Unrecht als Leihgeldkrise bezeichnet, da sie unmittelbar in den Kreditinstituten der Übergangszeit von der Papier- zur Rentenmarkt zurück. Als die Reichsbank die Rentenmarktheften öffnete, ergab das eine infolge Geldnot eine geradezu unheimliche Nachfrage nach Krediten, von deren Miesenmaut die Ausweise der Bank zeugen. Während die Reichsbank selbst dem Strom durch Auswahl der Geldnehmer nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln versuchte, wurden für Leihgeld aus zweiter, dritter, viertter u. v. Hand horrende Sätze gefordert und geboten, die bei 120 Prozent ihrer Niedrigstgrenze lagen, aber bei 120 Prozent in vielen Fällen noch immer nicht die Höchstgrenze erreichten! Die Schulden übernahmen also, um ins Gesetz, s. z. auch in die Spekulation zu kommen, geradezu erdrückende Verpflichtungen, die die Aktion zum Vabanque-Spiel stempelten.

Dazu kam, daß gerade diejenigen, denen Leihgeld aus erster Hand nicht zugänglich war, durch die unberichtigten Deutschen vor der Umstellung auf Rentenmarkt, durch Kursverluste nach Weihnachten 1923, die Unmöglichkeit der Aufzurückmehrung von Wertpapierbeständen und Ersparnissen, die teils freiwillige, teils aber schon Zwangsüberfälle darstellen, finanziell sehr geschädigt waren. Als Hauptresekventen für das zu teure Leihgeld kamen also Firmen in Frage, die durch die Umstellung in der Währung lädiert waren und nicht besonders gut standen.

Sie alle aber glaubten das Goldspiel, die spontan eingetretene Konjunkturverbesserung in den Konsum- und Gewerbeindustrien überschauend und mit Unrecht verallgemeinernd, zu gewinnen, indem sie auf schnellen Umtisch der fertiggestellten Waren und baldige Preissteigerung hofften. Diese Erwartungen erfüllten sich aber nicht und konnten sich auch nicht erfüllen, weil die zu niedrigen, aber im ersten Aktualität eine gefährliche Kaufkraft vorläufigen 23 h n e den Konsum bald wieder auf das Notwendigste beschränkt und Überproduktion aus dem Lohn im Kleincredit (Abzahlungsgeschäft) auf lange Zeit festgelegt wurden. Was bleibt also auf der sogenannten Rentenmarktware führen und das in einer Zeit, als die Kreditspekulation in Frankreich große Verträge abschloß und die Banken als Geldgeber ausfielen, da die Reichsbank ihre Kredite drostete, Depoziten sich infolge des Preisverhältnisses zwischen Lohn und Warenpriis nicht bilden konnten und die neue Goldstandardbank in ihrer Kreditgewährung nach wesentlich anderen Gesichtspunkten als den hier in Frage kommenden verfuhr. Wo man aber weiter Kredit gewährt hatte, blieb die Rückzahlung aus, so daß empfindliche Zahlungsschwierigkeiten in dem Augenblick eintreten mußten, in dem die Kredite nicht mehr prolongiert wurden und wohl in Rücksicht auf die horrenden, jeden Verdienstwegstellenden Zinsen auch nicht mehr verlängert werden konnten. So ungefähr entstanden die Insolvenzen, von denen die Handelspresse täglich zu berichten weiß und die wohl zahlreicher sind, als gemeldet wird. Die Betroffenen verfügen aber, was besonders betont wird, über Waren und Außenstände, so daß die Aktiven die Passiven immer noch überwiegen. Dabei ist aber die eigentlich erst auf der Nördler Messe ausgesetzte Tendenz in der Preissbildung nach unten zu berücksichtigen. Bleibt und Krise sind da. Die Goldkrise wurde zur Industriekrise.

Hente, im Anfang der Krise, lädt sich ihr Umfang kaum bestimmt. Charakteristisch ist ebenfalls, daß sie selbst große Konzerne und Trusts von Anfang an in Wittekind-Denkmal gezeigt haben. Wir verzweigen nur auf Meldungen über den Zukunftsbruch des Beder- und Mansfelder-Konzerns und ähnliche Vorgänge, die symptomatisch sind für die Knospe im Metallhandel, in der Textil- und Lederindustrie und besonders in der Rohstoffwelt. Es handelt sich nicht nur um Neugründungen, sondern um renommierte Institute, wie den in größter Verlegenheit stehenden Werner-Vorwerk, eine der ältesten, dem Stinnes-Konzern angehörenden Großbanken. Ohne auf die speziellen Ursachen, die vielleicht in den wablosen Aufschüssen unzureichend, jetzt dauernde Bauschüsse erlösenden Werken während der Inflationszeit liegen, einzugehen, müssen wir konstatieren, daß der gegenwärtige Sturm, die sogenannte Leihgeldkrise, nichts anderes ist, als die Fortsetzung der letzten Großkrisse. Die damals obgeogene Reform setzt sich jetzt gewaltsam durch. Das ergibt sich u. a. daraus, daß einzelne Werke, z. B. die Deutschen im Werk, sofort dazu übergegangen sind, den bis jetzt durch Rentenmarktkredit ermöglichten extensiven Betrieb zu konzentrieren. Wir müssen also den ausgedehnten Prozeß abwarten. Er setzt eine radikale Reform unserer Geldwirtschaft im besonderen, wie unserer Gelantwirtschaft überhaupt voraus, wenn wir zur Befriedung kommen wollen. Darüber wird in den nächsten Wochen noch manches Wort zu reden sein.

Besprechungen der Mittelparteien.

(Berliner Eigenmeldung.) Die führen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft traten am gestrigen Abend zusammen, um einen antipolitischen Programms im Reichstag zusammen. Die Besprechungen wurden nach langer Dauer abgebrochen, da die notwendigen Vorberatungen nicht getroffen waren. Am heutigen Dienstag soll eine neue Besprechung stattfinden, in der die antipolitischen Programmpunkte wirtschaftlich formuliert werden. Das Programm soll als Grundlage der mit den Deutschen nationalen anstreben internationalen Beziehungen dienen. Wenigenfalls soll die Macht des Zentrums, während man von den Führern der Sozialpartei bisher kaum sagen kann, daß sie in dieser Hinsicht eine Auffassung mit den maßgebenden Vertretern des Zentrums.

Kleine Wünsche in großer Zeit.

(Berliner Eigenmeldung.) Der Präsident des alten Reichstages, General Schele, bem. als Angestellter nach die Unterbringung der einzelnen Fraktionen in verschiedenen Städte im Plenum des Reichstages, schreibt bei der Akademie Wissenschaften und der Technik der Dienstagsversammlung an sich getroffen, genannte Tage zu regeln. Weit mehr nämlich nach dem Programm, wie es von den einzelnen Parteien im Rentenmarkt vorgelesen wurde, so müßte zunächst zwischen den 62 Kommunisten auf die österreichischen Pausen und den 100 Sozialdemokraten. Hierzu mit seinen drei Abgeordneten Unterkunft finden. Reichstag von den Sozialdemokraten müßten sich nach dem Programm die 32 Wahlbezirke anschließen. Sie braupfen aber einen Platz links von den Deutschen, der ihnen jedoch von den 45 Abgeordneten der Volkspartei befreit wird. Die Sozialisten wiederum möchten, daß die Deutsche Volkspartei in den Räumen der früheren Nationalversammlung, also links vom Saalraum, Platz nimmt. Dagegen will die Bayerische Volkspartei, die bisherigen Demokraten und Zentrum sich ihren Platz im neuen Reichstag rechts vom Zentrum einnehmen. In der Nachbarschaft des Zentrums möchte noch eine neuartige Fraktion untergebracht werden, die durch den Zusammenschluß von 5 Westen und 10 Bauern- und Mittelstandsbündlern zu stande kommen soll.

Der Kampf im Ruhrgebiet.

(Bochumer Eigenmeldung.) Im ganzen Ruhrgebiet feierten am Montag, insgesamt 325000 Arbeiter die Wiederauferstehung der Arbeiterschaften. Infolge der Auflösungen der Streikgruppen der Arbeiterschaften im Ruhrgebiet ergibt mindestens eine Million. (Berliner Eigenmeldung.) Als Schwierigkeiten der Arbeiterschaften im Ruhrbergbau erwähnt werden die gesetzliche Regelung, welche die Schließung der Arbeitszeit auf die üblichen Industrien bringt. Bei der Arbeiterschaften im Ruhrbergbau ergibt mindestens eine Million. (Berliner Eigenmeldung.) Eine Reihe kleiner Anträge sind schriftliche Erledigung für Toller, dann eine Resolution, die den ausländischen Jugendorganisationen den Ton für ihre materielle Unterstützung des Aufstands verurteilt und den Reichsverband lediglich als Zweckverband der Jugend gelten lassen sollen, der sich von politischen Kundgebungen fernzuhalten hat. Dagegen wird der Antrag, der den Antritt aus dem Reichstagswahlrecht verlangt, abgelehnt. Ebenso wird mit großer Mehrheit ein anderer Antrag abgelehnt, der die Zusammenarbeit mit den republikanischen Jugendverbänden nicht wünscht. Eine Reihe kleiner Anträge finden schriftliche Erledigung. Besondere Erwähnung verdient die Spannungs-Kundgebung für Toller, dann eine Resolution, die den ausländischen Jugendorganisationen den Ton für ihre materielle Unterstützung des Aufstands verurteilt und die Tagungsänderung, die in Zukunft die Einschaltung von Reichstagskonferenzen nur einmal in zwei Jahren vorschreibt. Eine besondere Resolution enthält eine soziale Abschaffung der Arbeitsschichtpflicht. Damit ist die Abschaffung am Schluß ihrer Tagung angekündigt. In den Hauptvorstand werden durch den Verteidigungskomitee der Bergarbeiter vertrittene Personen gewählt. Wohl, als Verbandsvorsitzender wird Max Weißbach wieder gewählt.

Wahlstieg und Aufbauprobleme.

(Barmer Eigenmeldung.) Durch den Sieg der Parteien des Linksbündes ist erneut die in den letzten Jahren viel diskutierte Frage der Beteiligung der deutschen Gewerkschaften am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordwestdeutschlands, die bekanntlich durch die französische Industrie sabotiert wurden, wieder aktuell geworden. Das Aktionskomitee der zentralen Departemente, das zusammen mit dem GIZ, im Oktober 1922 einen Vertrag mit dem Verband sozialer Bauwirtschaft in Berlin abgeschlossen hat, soll seinen Vorstandswahlkreis erweitern, um weitere Gewerkschaften einzubeziehen. Der Vorsitzende wird Max Weißbach wieder gewählt.

Der Parteivorstand übermittelt der Presse die Anträge zum Wahlstieg. Es soll fast vier große, eng beschriftete Seiten. Wie kommt man darauf zurück.

Königlich Scheer liegt an einer Steinbühnenentzündung schwer erkraut in Berlin darüber. Scheer hat entzündet anders lauernde Meldungen an den Deutschen Tag in Halle nicht teilgenommen.

Welt für die neunstündige Arbeitszeit nicht annehmen, wurden gestern die Bauarbeiter in Hannover entschärft.

Wiesbaden und Wiesbaden geweckt wird, wurde der deutschamerikanische Bericht über die Missißierung von Spitzelkästen auf deutschen Schiffen in amerikanischen Gewässern und Ozeanen von Schiffchen Goldbog und dem deutschen Botschafter unterzeichnet.

Da die Stadtbewohner von Düsseldorf sich weigerten, den von ihr verlangten Bau einer Artilleriestellung auszuführen, haben die Belagerungsbehörden weitgehende Belagungsmethoden in der Stadt vorgenommen.

Der Londoner Korrespondent des "Echo de Paris" erläutert, daß drei britische Polizeiaffiziere in Palästina bei Gaza ermordet aufgefunden wurden. Eine britische Gewerkschaftsleitung schüttet nach den Taten, die man unter den Bewohnern sieht.

Der jüngste Sohn des ehemaligen Reichskanzlers Rücken Scheel, wo er seit vielen Jahren schwer leidend lebt, schreibt. Wegen der Bräute, die sich in Halle bei der Einweihung des Meissner-Denkmales abwiesen, hat die sozialdemokratische Gruppe im preußischen Landtag eine Anfrage eingebracht.

Zum Tode verurteilt. Aus Breslau wird gemeldet: Wegen Mordes wurde das Dienstmädchen Anna Kowalewski, die am 21. September 1923 ihre Dienstherrin, Frau Petrich, 30 mordet und bewußt hatte, zum Tode verurteilt.



